

NATALIIA LOMONOSOVA

BOTSCHAFTEN AUS DER UKRAINE
MESSAGES FROM UKRAINE

Über die osteuropäische und ukrainische
Zivilgesellschaft im Jahr 2022

On civil society in Eastern Europe and
Ukraine in 2022

EUROPA BOTTOM-UP NR. 29

MÜNCHEN/ BERLIN

Die Autorin

Nataliia Lomonosova war Fellow bei der Maecenata Stiftung im Rahmen des Young Ukrainian Scholar Fellowship. Sie hat Kulturwissenschaft und Soziologie an der Nationalen Universität Kyiv-Mohyla-Akademie studiert und für diverse NGOs in Kyjiw in den Bereichen gesellschaftliche Entwicklung, Bürgerbeteiligung, Kultur und Medien gearbeitet.

Europa Bottom-Up

Europa Bottom-Up ist eine elektronische Schriftenreihe, die von der Maecenata Stiftung im Rahmen ihres Europa-Programms herausgegeben wird. Sie enthält sowohl Berichte über Aktivitäten aus diesem Programmbereich als auch relevante Arbeitspapiere von Stiftungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie von externen Expertinnen und Experten.

Herausgeber

Alle Ausgaben dieser Reise finden Sie zum kostenlosen Download unter: www.ebu.maecenata.eu

Maecenata Stiftung, Oberförhringer Straße 18, D-81679

Hauptstadtbüro: Rungestraße 17, D-10179 Berlin

Tel.: +49 30-28 38 79 09

Fax: +49 30-28 38 79 10

E-Mail: st@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Marianne Sievers, Lara Brett



ISSN (Web): 2197-6821

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-83491-4

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

**EUROPA BOTTOM-UP
NR. 29/2022**

BOTSCHAFTEN AUS DER UKRAINE

MESSAGES FROM UKRAINE

6 Blog-Beiträge unserer ukrainischen Gastwissenschaftlerin (Fellow unseres Young Ukrainian Fellow Scholarship 2022) auf Englisch und Deutsch

6 blog posts written by our visiting fellow (recipient of our Young Ukrainian Fellowship 2022) in English and German

Inhalt/ Content

Deutsch

| | |
|--|----|
| I. BLOG 1 [02. Mai 2022]: Ein „Watchdog“ während des Krieges: Notizen zum öffentlichen Raum..... | 5 |
| II. BLOG 2 [03. Juni 2022]: "Einige der Verabschiedeten Gesetze werden nach dem Ende des Krieges nicht außer Kraft treten": Wie zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine weiterhin Watchdogs sind..... | 8 |
| III. BLOG 3 [17. Juni 2022]: Ukrainische CSOs im Kulturbereich während des Krieges..... | 16 |
| IV. BLOG 4 [01. Juli 2022]: Die Arbeit von freiwilligen Graswurzelinitiativen während des Krieges: Stellt die fehlende rechtliche Registrierung ein Problem dar | 21 |
| V. BLOG 5 [05. August 2022]: Aktivitäten der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände während des Krieges in der Ukraine..... | 27 |
| VI. BLOG 6 [14. Dezember 2022]: Für einen inklusiven Wiederaufbau der Ukraine: Wessen Stimmen werden einbezogen? | 31 |

English 37

| | |
|---|----|
| VII. BLOG 1 [20. May 2022]: A “watchdog” during the war: notes on the public sphere | 37 |
| VIII. Blog 2 [03. JUNE 2022]: “Some of the adopted laws will not expire after the end of wartime:” How Ukrainian CSOs keep being watchdogs 40 | |
| IX. BLOG 3 [17. June 2022]: Ukrainian CSOs in the field of culture at times of war..... | 47 |

X. BLOG 4 [01. July 2022]: The work of grassroots volunteer initiatives during the war: does the lack of legal registration pose a challenge?..... 52

XI. BLOG 5 [05. August 2022]: Trade unions and worker associations' activities during the war in Ukraine 57

XII. BLOG 6 [14. December 2022]: Which voices are included in an inclusive reconstruction of ukraine?..... 61

Deutsch

I. **BLOG 1 [02. Mai 2022]:** Ein „Watchdog“ während des Krieges: Notizen zum öffentlichen Raum

Wie andere Menschen, die sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine aktiv engagieren, stelle ich mir immer wieder die Frage: „Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Organisationen während eines massiven Krieges im Land?“ In den ersten Wochen des Krieges hat sich diese Frage immer wieder zur Frage „Was soll *gerade* getan werden?“ verwandelt. Oft hat die Antwort auf diese Frage möglicherweise nichts damit zu tun, was die Organisation oder der*die einzelne Aktivist*in vor dem 24. Februar getan hat. Stattdessen könnte sich die Antwort auf diese Frage eher auf die praktische Unterstützung beziehen, die von der Gemeinschaft oder bestimmten sozialen Gruppen, denen Organisation oder Aktivist*in angehören, benötigt wird. Dementsprechend waren viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Freiwilligenbewegungen und Graswurzelinitiativen an der Evakuierung oder der Aufnahme von Geflüchteten, der Lieferung von Lebensmitteln oder Medikamenten, dem Kauf und / oder Transport humanitärer Güter beteiligt.

Einige Monate nach Kriegsbeginn könnte es nun allerdings der richtige Zeitpunkt sein, um die Frage nach der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen während des Krieges zu formulieren – mit Blick auf ihre klassischen Funktionen. Bislang haben nicht alle CSOs ihre Aktivitäten während des Krieges grundlegend verändert und diese vollständig an die Erfordernisse der Kriegszeit angepasst. Einige CSOs sind zumindest teilweise wieder in ihren ursprünglichen Bereichen tätig. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine der Schlüsselrollen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingehen, nämlich die Watchdog-

Rolle. Diese Rolle besteht darin, die Entscheidungen, Politiken und Gesetzesinitiativen der Behörden zu überwachen und konstruktive Kritik und Vorschläge anzubieten, die im Falle vieler Organisationen die Stimmen von Menschen darstellen, die keinen direkten Zugang zu Entscheidungsprozessen haben. Tatsächlich ist es diese Aktivität und diese Rolle des Zivilsektors, die ihn zu einer der unabdingbaren Säulen einer demokratischen Gesellschaft macht.

Diese Rolle der Zivilgesellschaft kann ohne öffentliche Sphäre, die Diskussionen über sämtliche gemeinsame Anliegen einen offenen Raum bietet, nicht bestehen. Eben jener diskursive Raum, in dem sich Privatpersonen über gemeinsame Angelegenheiten austauschen können (wenn wir uns der Definition der Öffentlichkeit von Jürgen Habermas zuwenden), erfährt während des Krieges jedoch einige Veränderungen. Nach dem Kriegsrecht und unter den Luftangriffen haben die zivilgesellschaftlichen Akteure ein begrenztes Instrumentarium, um direkte Kritik an bestimmten Regierungsentscheidungen zu äußern. Es ist zum Beispiel schwer vorstellbar, dass große öffentliche Versammlungen (z. B. Proteste, Märsche usw.) jetzt stattfinden können. Auch werden viele Entscheidungen schneller getroffen und öffentliche Diskussionen sind emotionaler geworden – auch im Hinblick auf die Diskussion, welche Fragen überhaupt jetzt auf dem Tisch liegen dürfen.

Anfang der Woche habe ich wie immer einen Newsletter von einem der wichtigsten ukrainischen Informationsportale für zivilgesellschaftliche Organisationen bekommen. Er begann mit einem kurzen Appell an seine Leser*innen über das Thema, welches vorerst das Hauptkriterium für die Zweckmäßigkeit der Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine ist - ihr Beitrag zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeiten der ukrainischen Armee. Es ist schwer, nicht zuzustimmen, dass das erste

und höchste Ziel aller Ukrainer*innen darin besteht, sich gegen die russische Aggression zu verteidigen. Aber auch im Bereich der inneren Angelegenheiten setzen die staatlichen und kommunalen Behörden ihre Arbeit fort, sie verabschieden neue Gesetze, erarbeiten und implementieren Strategien zur Bekämpfung der verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme, die durch den Krieg entstanden sind. Einige dieser Aktionen und Strategien mögen gut geplant sein, einige verdienen vielleicht jedoch tatsächlich einige kritische Anmerkungen. Es besteht immer die Gefahr, dass einige benachteiligte oder gefährdete Gruppen durch Entscheidungen zurückgelassen werden und dass die schwierigen Zeiten missbraucht werden, um einige Richtlinien durchzusetzen, die ansonst nicht durchgesetzt würden. Daher ist es wichtig, die Bedeutung der Watchdog-Rolle zivilgesellschaftlicher Organisation gerade auch in Kriegszeiten zu verstärken. In den nächsten Blogbeiträgen werde ich die Stimmen einiger CSOs aus der Ukraine vorstellen, die diese Rolle in einer Reihe von Bereichen innehaben, und mit Ihnen teilen, wie sie diese Rolle jetzt ausüben.

II. **BLOG 2 [03. JUNI 2022]: "Einige der Verabschiedeten Gesetze werden nach dem Ende des Krieges nicht außer Kraft treten": Wie zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine weiterhin Watchdogs sind**

In diesem Blog möchte ich über einige ukrainische NGOs berichten, welche die Watchdog-Rolle entweder als Haupt- oder aber als Nebenaufgabe ausführen, und aufzeigen, wie sie diese Rolle jetzt, in Zeiten des Krieges, wahrnehmen. Ich habe dafür auch VertreterInnen einiger Organisationen gefragt, ob und wie sich diese Watchdog-Rolle unter den aktuellen Umständen verändert hat und warum sie es für wichtig halten, die Entscheidungen und Initiativen der Behörden weiterhin zu überwachen.

Das **Digital Security Lab** (ukr. Лабораторія цифрової безпеки) ist eine NGO, die ein Team von SpezialistInnen auf dem Gebiet der digitalen Sicherheit und der Internetfreiheit vereint. Ihre Haupttätigkeit besteht darin, ukrainischen JournalistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und AktivistInnen der Zivilgesellschaft zu helfen, sich mit den Fragen der digitalen Sicherheit auseinanderzusetzen, indem sie Schulungen und Webinare sowie Beratungen und Audits zur digitalen Sicherheit durchführen. Daneben setzt sich die Organisation aber auch für die freie Meinungsäußerung und das Recht auf Privatsphäre im Internet ein. Ebenso gegen ungerechtfertigte Einschränkungen, Verbote und Blockaden durch die Regierung oder Unternehmen und bietet Lösungen zum Schutz der Menschenrechte an. Diesem Auftrag kommt sie auch in Kriegszeiten nach. So analysierte das Digital Security Lab, warum die Gesetzesänderungen zur Beschleunigung der Ermittlungen bei Straftaten im Rahmen des Kriegsrechts und insbesondere zur

Vereinfachung des Zugangs zu "digitalen Beweisen", wie Informationen von persönlichen Geräten oder öffentlichen Videokameras, eine Reihe von Risiken für den Schutz der Privatsphäre der NutzerInnen mit sich bringen.

Die Organisation reagierte auch auf das Verbot visueller Inhalte, die die Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine darstellen, in den populären sozialen Medien (Instagram, Facebook) zu veröffentlichen und initiierte eine öffentliche Erklärung, der sich andere zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen haben. In dieser Erklärung wurde das Verbot als klarer Missbrauch der Meta-Community-Standards bezeichnet. Digitallab sprach sich gegen eine Moderation derartigen Inhalts aus, da diese Publikationen ein breiteres Publikum für die von den russischen Truppen begangenen internationalen Verbrechen sensibilisieren und auch als wertvolle Beweise für künftige Klagen vor internationalen Gerichten verwendet werden könnten.

Wie viele andere NGOs hat auch die **NGO Labor Initiatives** (ukr. Трудові ініціативи), die sich mit den Rechten der ArbeitnehmerInnen und der Freiheit der Arbeitnehmervereinigungen befasst, ihre Aktivitäten aufgrund des Krieges neu ausgerichtet und leistet gerade auch verschiedenartige humanitäre Hilfe. So hat die Organisation beispielsweise einen ehrenamtlichen Hub "Trade Union Lifeline" eingerichtet, an dem GewerkschaftsaktivistInnen aus dem ganzen Land beteiligt sind. Gleichzeitig führt die Labor Initiatives aber auch weiterhin ihre Hauptaktivitäten durch: an erster Stelle bietet sie kostenlose Rechtsberatung an. Inna Kudinska, Rechtsanwältin und Mitglied des Teams der Labor Initiatives, berichtet, dass von den ersten Tagen der russischen Invasion an hunderte von Menschen die Hotline der NGO kontaktierten, da auf dem Arbeitsmarkt während des Krieges erhebliche Verluste zu verzeichnen waren. Etwa wollten sich diejenigen, die wegen

des Krieges geflohen waren, als Remote-MitarbeiterInnen registrieren lassen, wieder andere baten um Hilfe bei der Beendigung des Arbeitsvertrags mit dem Arbeitgeber, der im besetzten Gebiet geblieben war.

Die Labor Initiatives nimmt auch ihre zweite Hauptaufgabe wahr: sie überwacht die Gesetzesinitiativen in ihrem Arbeitsbereich und veröffentlicht regelmäßig öffentliche Stellungnahmen, in denen sie sowohl die Stärken der Gesetzesinitiativen als auch die potenziellen Gefahren für die Rechte der ArbeitnehmerInnen hervorhebt.

„Die Verabschiedung der neuen Gesetze sollte vor allem darauf abzielen, die Verteidigungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht“, sagt Kudinska. "Es gibt jedoch viele neue Arbeitsgesetze, die heute verabschiedet werden, die sich manchmal sogar widersprechen und bei deren Umsetzung in der Praxis Probleme entstehen können. Außerdem besteht die Gefahr, dass einige der verabschiedeten Gesetze nach Kriegsende nicht außer Kraft treten, sondern in Friedenszeiten weiter gelten“.

Die Organisation möchte darauf aufmerksam machen, dass die ArbeitgeberInnen nun mehr Rechte für einseitige Entscheidungen haben, was häufig zu Rechtsverletzungen auf Seite der ArbeitnehmerInnen führt, deren Gefährdung sich unter dem Kriegsrecht noch vergrößert.

Eine der ältesten ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit dem Thema Menschenrechten befasst, die **Ukrainian Helsinki Human Rights Union** (ukr. Українська Гельсінська спілка з прав людини, UHHRU), erfüllt ihre Mission auch während des Krieges. Die Organisation, die über ein fundiertes Fachwissen bei der Überwachung von Verletzungen von Rechten und Freiheiten verfügt,

beschränkt sich nicht nur auf die Meldung solcher Fälle, die von der russischen Armee begangen werden. Sie überwacht auch die neu verabschiedeten Gesetze, Gesetzesentwürfe und andere Rechtsakte. So schloss sich die Organisation beispielsweise der kritischen Stellungnahme der ukrainischen CSOs gegen die Änderungen des ukrainischen Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zum "Schutz der Ehre und Würde der Bürger und der Ordnungshüter" (gemeint sind: PolizistInnen) an. Ein Gesetzentwurf, der dem ukrainischen Parlament am ersten Tag des Krieges vorgelegt wurde, führte eine Strafe für die "Beleidigung eines Polizeibeamten" ein, die es in der ukrainischen Gesetzgebung zuvor nicht gegeben hatte. In der Stellungnahme wird erläutert, dass die Möglichkeit einer subjektiven und willkürlichen Auslegung des Begriffs "Beleidigung" in der Praxis zu einer ungerechtfertigten Verfolgung von JournalistInnen und AktivistInnen der Zivilgesellschaft sowie zu deren Selbstzensur führen könnte. Neben anderen Organisationen weist die UHHRU darauf hin, dass es sich hierbei um einen Missbrauch des Kriegsrechts handelt, der das Umfeld für unabhängigen Journalismus, friedliche Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung – also der gemeinsamen demokratischen Werte in der Ukraine – verschlechtern könnte.

Seit vielen Jahren führt eine andere NGO – **Laboratory of Legislative Initiatives** (ukr. Лабораторія законодавчих ініціатив) – verschiedene Projekte durch, die darauf abzielen, die Beteiligung des zivilen Sektors am Gesetzgebungsprozess sicherzustellen. Die Organisation, die versucht die Interaktion zwischen Regierung und Zivilgesellschaft zu stärken und effektiver zu gestalten, beobachtet auch die Arbeit des Parlaments und erarbeitet bzw. vertritt ihre Vorschläge für die Gesetzesentwürfe. Momentan beobachtet und analysiert diese Organisation nicht nur die gesetzgebende Tätigkeit des ukrainischen Parlaments, sondern überwacht auch, wie die Parlamentsarbeit unter

Kriegsbedingungen organisiert wird, wenn etablierte Arbeitsprozesse nicht immer umsetzbar sind.

In diesem Zusammenhang weist das Laboratory of Legislative Initiatives darauf hin, dass die organisatorischen Abläufe der Parlamentsarbeit unter dem Kriegsrecht noch nicht vollständig geregelt sind. Daher plädiert es für die Notwendigkeit, besondere Verfahren (z.B. für die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen oder die Abhaltung von Sitzungen) der parlamentarischen Arbeit unter solchen Umständen einzuführen und festzulegen, damit die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen in Kriegszeiten weder jetzt noch in Zukunft untergraben wird.

Das Institute of Legislative Ideas ist ein unabhängiger Think Tank, dessen Motto lautet: "Wir finden Gesetze, die nicht für die Gesellschaft funktionieren". Seit mehr als fünf Jahren führt diese NGO Anti-Korruptionsgutachten zu Gesetzesentwürfen durch, um zu verhindern, dass die Struktur der Gesetze anfällig für Korruption ist. Durch die Analyse sowie durch die Ausarbeitung und Empfehlung von Gesetzesinitiativen zielt diese NGO darauf ab, "die Gesetzgebung zu verbessern, damit es der Gesellschaft als Ganzes zugutekommt".

Tetiana Khutor, Vorsitzende der Organisation, sagt, dass die meisten ursprünglichen Aktivitäten der NGO in den ersten Kriegswochen nicht relevant waren.

„Zu dieser Zeit wäre es seltsam gewesen, von der Regierung und der Gesellschaft zu verlangen, Aufmerksamkeit und Ressourcen auf andere Bereiche als das Überleben und die Sicherheit zu konzentrieren. Daher hatte sich das Institut, wie die meisten anderen CSOs, in den ersten drei Kriegswochen fast ausschließlich auf humanitäre Hilfe konzentriert. Damals wussten wir nicht, wie das Parlament arbeiten würde, wie aktiv und in welchen Bereichen die Gesetzgebungsarbeit überhaupt

stattfinden würde. Außerdem war es nicht klar, wie offen die parlamentarische Arbeit sein würde. Wir haben die Texte der ersten Gesetzesentwürfe erst nach deren Verabschiedung gesehen“, sagt Khutor.

Doch schon bald nahm das Institut seine reguläre Tätigkeit wieder auf. Der NGO beobachtet und analysiert neue Gesetze, die verschiedene Lebensbereiche während des Krieges regeln, und veröffentlicht kurze Texte und Infografiken, um die Öffentlichkeit auf die Änderungen aufmerksam zu machen.

„Wir haben verstanden, dass es falsch wäre, unser Fachwissen nicht zu nutzen“, sagt Khutor. „Wir begannen damit, der Gesellschaft die verabschiedeten Gesetze zu erklären. Das hat sich als nützlich erwiesen, denn es wurde von den Medien gut aufgenommen, sodass es viel Nachfrage seitens der Öffentlichkeit gab. Seit das Parlament die Gesetzentwürfe zugänglich gemacht hat, haben wir sie vor der Verabschiedung analysiert, um die Öffentlichkeit über deren Risiken und Vorteile zu informieren. Das Ergebnis war, dass einige Gesetzesentwürfe erhebliche Diskussionen auslösten und nicht verabschiedet wurden. Und das ist gelungen, obwohl das Parlament jetzt in einem sehr schnellen Modus mit minimalen Diskussionen arbeitet. Wir haben also gesehen, dass unsere Arbeit dazu beiträgt, die Aufmerksamkeit auf mit dem Gesetz einhergehende Risiken zu lenken, manchmal die Verabschiedung von nicht sehr positiven Gesetzesvorlagen verhindert und die Öffentlichkeit auf die gute Gesetzesentwürfe aufmerksam macht“.

So hat das Institut eine Analyse des Gesetzes über die Konfiszierung des Eigentums russischer und weißrussischer BürgerInnen in der Ukraine, das Anfang Mai im ukrainischen Parlament verabschiedet wurde,

durchgeführt und veröffentlicht. Die ExpertInnen der NGO wiesen sowohl auf die Vor- als auch auf die Nachteile und Risiken dieses Gesetzes hin und erklärten, dass die Konfiszierung russischen und weißrussischen Privatvermögens ein rechtliches Problem darstellen könnte. Die NGO führte auch eine umfassende Analyse anderer möglicher Modelle für die Konfiszierung durch und zeigte deren Vor- und Nachteile auf. Obwohl sie die Idee der Regierung zur Konfiszierung unterstützt, weist sie gleichzeitig öffentlich darauf hin, wie wichtig es ist, die richtigen Rechtsgrundlagen und Mechanismen zu wählen, um dieses Rechtsinstrument möglichst effektiv einzusetzen.

Inna Kudinska von den Labour Initiatives ist der Ansicht, dass auch während des Krieges eine vernünftige kritische Bewertung der Aktivitäten des Parlaments und anderer staatlicher Institutionen durch die Öffentlichkeit sowie eine objektive Berichterstattung in den Medien notwendig ist.

„Nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine ausgewogene Herangehensweise an Veränderungen in der Arbeitswelt können wir menschenwürdige Arbeitsbedingungen während des Krieges und die Grundlage für die wirtschaftliche Erholung des Staates nach dessen Ende sicherstellen“, fügt Kudinska hinzu.

Eine ähnliche Meinung vertritt auch die Vorsitzende des Institute of Legislative Ideas:

„Jetzt haben sich die Tätigkeiten der Behörden in größerem Umfang stabilisiert und sind weniger unsicher als zuvor, viele ihrer Funktionen werden erneuert. Gleichzeitig können wir beobachten, dass die übergeordnete Gesetzgebung den untergeordneten Stellen bzw.

Gremien mehr Ermessensspielraum einräumt. Leider nutzen einige BeamtenInnen diesen Ermessensspielraum nicht nur für gute, sondern auch für schlechte Zwecke", sagt Tetiana Khutor. „Daher ist es besonders in einer Zeit, in der das Land keine Zeit für eine breite öffentliche Diskussion bestimmter gesetzgeberischer Entscheidungen hat, wichtig, die Transparenz deren Umsetzung zu überwachen".

Es ist schwer vorherzusagen, welche weiteren Schwierigkeiten und Herausforderungen die ukrainische Gesellschaft in den kommenden Monaten und nach dem Ende des Krieges zu bewältigen haben wird. Es sollte jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass eine der wichtigsten Aufgaben der Zivilgesellschaft weiterhin darin besteht, die Maßnahmen der Behörden zu überwachen. Schließlich hängt das Wohlergehen der ukrainischen Bevölkerung stark davon ab, wie die Gesetzgebung und deren Implementierung auf diese Herausforderungen reagiert.

III. **BLOG 3 [17. JUNI 2022]:** Ukrainische CSOs im Kulturbereich während des Krieges

In diesem Blog werde ich über die Aktivitäten ukrainischer NGOs und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen im Kulturbereich während zu Zeiten des Krieges berichten. Wie ich bereits in den vorherigen Blogs erwähnt habe, zwang der Krieg viele CSOs in der Ukraine dazu, den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit vorübergehend zu ändern oder zumindest einige zusätzliche Aktivitäten als Reaktion auf die aktuelle Situation hinzuzufügen.

Auch AktivistInnen aus dem kulturellen Bereich sind davon nicht ausgenommen. Verschiedenste kulturelle NGOs haben zahlreiche Initiativen zur Unterstützung der Kultur- und Kunstschaffenden in Kriegszeiten gestartet, viele widmen ihre Zeit der Hilfe für die Zivilbevölkerung vor Ort oder dem Kauf und der Lieferung von Medikamenten und taktischen Hilfsgütern.

Ich beginne mit den verschiedenen Kulturinitiativen aus Mariupol, einer Stadt, die seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar mit den schlimmsten Verwüstungen konfrontiert wurde und in der nach vorläufigen Schätzungen ukrainischer Behörden etwa 20 000 Zivilisten getötet wurden. Die Stadt, deren Infrastruktur, darunter auch das Akademische Regionale Dramatheater, nun praktisch zerstört ist, hatte 2021 den Status der Großen Kulturhauptstadt der Ukraine. Eben genanntes Theater diente zeitweise als Schutzbunker für schätzungsweise 600 Zivilisten und wurde im März bei einem russischen Luftangriff zerstört.

Die Plattform "Tu" ist eine Kunstplattform in Mariupol, deren Geschichte 2015 begann, als einige der zukünftigen Mitglieder der Organisation aus den besetzten Regionen Donezk und Luhansk in die Stadt flohen. Die

NGO wurde in 2016 registriert und arbeitet seitdem an der Förderung von Menschenrechten und Freiheit durch Kultur und zeitgenössische Kunst, indem sie eine Reihe von Projekten realisiert: Kunstresidenzen (u.a. Woven network/Women's network, das sich mit der Pandemie und der massenhaften Abriegelung des kulturellen Bereichs während der Lockdowns befasst), Workshops und ein Kunstcluster Os` — ein Projekt für die Jugendlichen von Mariupol, das auf eine stärkere Einbeziehung junger Menschen in das kulturelle Leben der Stadt abzielt.

Da der Krieg im Februar 2022 zum zweiten Mal nach Mariupol kam, richtete die Plattform "Tu" einen Emergency Fund ein. Sie ließ damit Menschen, die aus der Stadt geflohen waren, einmalige finanzielle Unterstützung zukommen. In besonderer Weise wurden dadurch die Familien von Jugendlichen, die Mitglieder des Os` Kunstcluster sind, unterstützt sowie Menschen, die während des Beschusses oder der Evakuierung verletzt wurden, Menschen mit Behinderungen und Familien mit Kindern.

"Freefilmers" ist eine Kinobewegung und NGO, die unabhängige Filmschaffende in der Ukraine, insbesondere in der Ostukraine, und die Dezentralisierung des kulturellen Prozesses fördert. Ihr Ziel ist es, "Filme zu machen, die so aufmerksam und sensibel wie möglich auf die Realität reagieren und deren Hauptaugenmerk auf dem menschlichen Leben und dem Kampf für Gleichheit und Freiheit liegt". Die Organisation, die mit der Plattform "Tu" zusammenarbeitet, wurde in Mariupol gegründet, wobei einige aktive Mitglieder auch in anderen ukrainischen Städten leben. Seit Beginn des Krieges hat sich das Team der "Freefilmers", deren Mitglieder aus Mariupol geflohen sind und nun in verschiedenen Städten leben, neu organisiert, um vielfältige Unterstützung zu leisten, die sich nicht nur auf Künstlerkreise beschränkt. Neben der Unterstützung der vom Krieg betroffenen Underground-KünstlerInnen und Queer-

AktivistInnen auf einer horizontalen Basis gegenseitiger Hilfe, hilft die Organisation beim Kauf und der Lieferung humanitärer Güter, Medikamente und medizinischer Ausrüstung in die am stärksten vom Krieg betroffenen Regionen. Ebenso organisiert sie den Transport geflüchteter Menschen in sicherere Orte, unterstützt Krankenhäuser und Freiwilligenzentren. "Freefilers" sammelt u.a. Spenden zur Unterstützung dieser Aktivitäten.

Wenn wir uns der Zentralukraine zuwenden, sollten wir das kulturelle Gemeinschaftszentrum Shelter+ erwähnen, das in der Industriestadt Krywyj Rih zu Hause ist. Diese NGO sieht ihre Aufgabe in der "Schaffung eines Umfelds, in dem sich Menschen unabhängig von Alter, Glauben, Nationalität, sozialem und finanziellem Status frei und sicher fühlen können". Seit 2020 hat Shelter+ verschiedene Projekte in den Bereichen Kunst, Sport und politische Bildung durchgeführt, die sich vor allem an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten. Nun hat sich die Organisation zu einem Freiwilligenzentrum entwickelt, das Binnenvertriebene verschiedene Hilfen anbietet, einschließlich kurzfristiger Unterbringung und psychologischer Unterstützung. Sie versorgt bedürftige Menschen und Kinderheime in Krywyj Rih und den umliegenden Städten sowie in den besetzten Städten und Dörfern der Region Cherson mit Medikamenten, Lebensmittel u.ä.. Darüber hinaus organisiert Shelter+ die Evakuierung von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien und hilft ihnen, in anderen Ländern eine ihren Bedürfnissen entsprechende Unterkunft zu finden. Auch Shelter+ finanziert sich durch Spenden.

Zahlreiche Kyjiwer Kulturorganisationen haben ihre Arbeit aufgrund der Herausforderungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, ebenfalls neu ausgerichtet.

Das gilt zum Beispiel für die Kyiv Contemporary Music Days - eine NGO aus dem Musikbereich. Seit 2015 hat diese Organisation hunderte von Vorträgen und Meisterklassen für KomponistInnen und MusikerInnen durchgeführt. Ebenso veranstaltete sie für ein breiteres Publikum viele internationale Festivals und Konzerte für Kammer- und Orchestermusik sowie elektroakustische Musik. Die Organisation sieht ihre Aufgabe darin, die Gemeinschaft der MusikerInnen zu fördern, das Ökosystem der modernen akademischen Musik weiterzuentwickeln und neue Formate und Möglichkeiten für die künstlerische Ausbildung, die professionelle Interaktion und die Realisierung von Projekten der Kunstschaffenden zu ermöglichen.

Nach Ausbruch des Krieges richtete diese NGO einen Fonds zur Unterstützung klassischer MusikerInnen ein, insbesondere für ältere und MusikerInnen mit Behinderungen, für MusikerInnen, die ihre Arbeit verloren haben, und für solche, die aus der Ukraine fliehen mussten. Diese Unterstützung umfasst die Befriedigung der grundlegendsten Bedürfnisse wie die Gewährleistung eines minimalen Lebensstandards und gewisse Sicherheiten: Lebensmittel, Medikamente und eine Unterkunft sowie eine einmalige finanzielle Unterstützung. Darüber hinaus versucht die Organisation, den MusikerInnen zu helfen, ihre Musikpraxis aufrechtzuerhalten, indem sie ihnen eine kleine finanzielle Unterstützung gewährt, damit sie im Falle eines Verlustes ein preiswertes Instrument kaufen und ihre Instrumente in ausreichendem Zustand erhalten können.

Die Kyjiwer Biennale ist ein Projekt, das von der NGO Visual Culture Research Center als internationale Biennale für zeitgenössische Kunst ins Leben gerufen wurde. Sie findet seit 2015 alle zwei Jahre in Kyjiw statt und ist ein Forum für Kunst, Wissen und Politik, das Ausstellungen und Diskussionsplattformen miteinschließt. Zu Beginn des Krieges hat die

NGO die Emergency Support Initiative (ESI) gegründet, um die Mitglieder der kulturellen und künstlerischen Gemeinschaft auf vielfältige Weise zu unterstützen. Während das Hauptziel der ESI darin besteht, sofortige finanzielle Unterstützung zu leisten, um die Grundbedürfnisse derjenigen zu befriedigen, die aufgrund des Krieges umgesiedelt werden mussten und die in den von der russischen Armee besetzten Städten zurückgeblieben sind, unterstützt sie auch Kunstresidenzen in der Ukraine, die ihre Kapazitäten erweitert haben, um Geflüchtete aufzunehmen.

Schließlich möchte ich auch eine relativ neue Initiative erwähnen, die während des Krieges entstanden ist. Das Museum Crisis Center - ist eine Graswurzelninitiative, die von der Direktorin des in Lemberg ansässigen Gedenkmuseums für totalitäre Regime "Territorium des Terrors" entwickelt wurde und von ebendiesem Museum in Kooperation mit zwei NGOs umgesetzt wird: Insha Osvita und Neues Museum. Die Initiative zielt darauf ab, kleine regionale Museen und ihre Teams in Kriegszeiten finanziell, organisatorisch und personell zu unterstützen. Da sich die staatliche finanzielle Unterstützung auf nationaler Ebene immer noch hauptsächlich auf die großen nationalen Museen und den Erhalt ihrer Sammlungen konzentriert, sehen sich kleinere Museen in kleineren Städten und Dörfern mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die lokalen Behörden sind nicht immer in der Lage ihnen zu helfen, da die Mittel in den lokalen Haushalten fehlen. Hier setzt die Arbeit des Museum Crisis Center an. Es versucht solchen regionalen Museen in dieser schwierigen Zeit helfen und eine stabile Graswurzelstruktur zu entwickeln, die die Museen im Prozess der Wiederherstellung nach dem Krieg stärken kann. Zudem soll eine solche Struktur als ein Instrument gegenseitiger Unterstützung zwischen Museen und NGOs in diesem Bereich dienen – auch in etwaigen Krisensituationen nach dem Krieg.

IV. BLOG 4 [01. JULI 2022]: Die Arbeit von freiwilligen Graswurzelinitiativen während des Krieges: Stellt die fehlende rechtliche Registrierung ein Problem dar?

Oftmals gehen starke zivilgesellschaftliche Organisationen aus Graswurzelinitiativen und Freiwilligengruppen hervor, die Menschen zusammengebracht haben, um dringende Probleme anzugehen oder bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse (zum Beispiel bei Naturkatastrophen usw.) in der Gesellschaft zu erfüllen. Sobald diese Ereignisse vorüber sind, können solche Initiativen eine Phase der Institutionalisierung und Professionalisierung durchlaufen und sich zu einer etablierten NGO (Non-Government-Organisation) oder Stiftung mit langfristigen Zielen entwickeln. Genau dies ist mit vielen ehrenamtlichen Graswurzelinitiativen passiert, die während des Maidan in 2014 in der Ukraine entstanden sind.

Viele Menschen sowohl in der Ukraine als auch im Ausland (vor allem VertreterInnen der ukrainischen Diaspora) schlossen sich zunächst zusammen, um verschiedene Bedürfnisse der Protestbewegung auf dem Maidan zu erfüllen, und später, um der Armee und den Opfern des Konflikts in der Ostukraine zu helfen. Als der Bedarf dringender Hilfe abnahm, revidierten einige von ihnen die Ziele ihrer Aktivitäten oder formulierten neue Ziele. Sie setzten ihre Hilfe für die Ukraine auf nachhaltigere Weise fort, indem sie den Rechtsstatus einer NGO oder einer gemeinnützigen Stiftung erhielten. Dies war zum Beispiel die Geschichte der gemeinnützigen Stiftung ‚Razom for Ukraine‘, die aus einem Netzwerk aktiver UkrainerInnen, die während des Maidan in den USA lebten, hervorging. Aktuell stellt das Razom-Team Medikamente für Krankenhäuser und taktische Ausrüstung bereit und hilft bei der Evakuierung gefährdeter Bevölkerungsgruppen.

Auch eine ganze Reihe von Initiativen, die 2014 Binnenvertriebenen und Opfern der militärischen Aggression in der Ostukraine und auf der Krim halfen, entwickelten sich bald zu schlagkräftigen NGOs in diesem Bereich. Oft wurden solche Initiativen, die zu NGOs wurden, von den Binnenvertriebenen selbst gegründet. Vostok-SOS zum Beispiel, hilft seit Beginn des Krieges, für Binnenvertriebene eine Unterkunft zu finden, engagiert sich bei der Evakuierung von Menschen aus Konfliktgebieten, sammelt und verteilt humanitäre Hilfe.

Ich möchte aber auch auf die aktuellen Erfahrungen jener Graswurzelinitiativen und Freiwilligengruppen eingehen, die erst mit dem Beginn des Krieges entstanden sind. Der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der im Februar dieses Jahres begann, hat zu einer noch nie dagewesenen Mobilisierung der Zivilbevölkerung in der Ukraine geführt. Zudem gibt es eine große Anzahl von Freiwilligengruppen und Graswurzelinitiativen, die die Initiativen einiger weniger Freunde oder Nachbarn mit einer viel größeren Anzahl von Menschen zu einem komplexen, miteinander verbundenen Netzwerk zusammenbringen.

In den meisten Fällen leisten solche Gruppen und Initiativen humanitäre und medizinische Hilfe für die Zivilbevölkerung, versorgen territoriale Verteidigungseinheiten mit Mitteln für die taktische Ausrüstung und unterstützen medizinische und soziale Einrichtungen sowie lokale Behörden bei der Evakuierung. In diesen Gruppen engagieren sich sowohl Menschen, die bereits in der einen oder anderen Form zivilgesellschaftlich aktiv sind, als auch solche, die erst zu Beginn des Krieges mit dem freiwilligen Engagement begonnen haben. Eines eint diese Initiativen: sie haben in der Regel noch keinen rechtlichen Status – sie sind nicht als NGO oder Stiftungen registriert.

Aber wird dies zu einem bedeutenden Hindernis für den Aktivismus während des Krieges? Welchen Herausforderungen stehen Freiwillige gegenüber, die humanitäre und medizinische Hilfe leisten oder Mittel zur taktischen Verteidigung kaufen, wenn sie nicht als eine NGO oder in einer anderen Rechtsform registriert sind? Wie lösen sie diese?

Nach dem wichtigsten Gesetz, das die Freiwilligentätigkeit in der Ukraine regelt - dem ukrainischen Gesetz "Über die Freiwilligentätigkeit" - ist die Freiwilligentätigkeit eine freiwillige, uneigennützte, sozial orientierte, gemeinnützige Tätigkeit, die von Freiwilligen und Organisationen in Form von freiwilliger Hilfeleistung ausgeübt wird. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass das Gesetz Freiwillige vor allem als diejenigen beschreibt, die sich freiwillig an Aktivitäten bestehender (öffentlicher, privater, nichtstaatlicher) Organisationen und Institutionen beteiligen. Dies kann auf der Grundlage einer Vereinbarung oder ohne eine solche geschehen. Freiwillige Tätigkeiten ("freiwillige Hilfe") können auch individuell ausgeübt werden, ausgenommen ist jedoch die freiwillige Hilfe bei der Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen oder bei der Durchführung öffentlicher Massenveranstaltungen von "nationaler und internationaler Bedeutung". Freiwillige Hilfeleistung für die Streitkräfte, die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden sowie die staatlichen Behörden ist einzelnen Freiwilligen nur während der gesetzlichen Regelungen des Ausnahmezustands oder des Kriegsrechts, einschließlich Anti-Terror-Operationen und anderer Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung, gestattet.

Daria R. startete ihr freiwilliges Engagement während der ersten Kriegsmonate, als ein guter Freund von ihr, der in die Einheit der Territorialverteidigung ihrer Stadt eintrat, dringend eine Schutzweste benötigte. Um ihm zu helfen, wandten sich Daria R. und ihr Partner an eine gemeinnützige Stiftung, die die Bedürfnisse der einzelnen

Freiwilligen sammelte und die Schutzwesten und Helmen im Ausland kaufen konnte. Auf diese Weise gelang es Daria, ihrem Freund zu einer Weste zu verhelfen. Danach begannen sie zusammen mit einem weiteren Freund, mehr Menschen zu helfen, die ähnliche Probleme hatten - diese standen kurz vor dem Eintritt in die territoriale Verteidigungseinheit oder die Armee und es fehlte ihnen an bestimmten Ausrüstung wie Helmen, Westen, Handschuhen usw. Wie viele andere kleine Aktivistengruppen begannen sie, die Bedarfe dieser Menschen zu sammeln und Geldmittel für den Kauf zu beschaffen. Sie arbeiteten dabei mit verschiedenen Wohltätigkeitsorganisationen und anderen Freiwilligen zusammen, um diese Güter aus dem Ausland zu holen und die bestellten Artikel an die Bedürftigen zu verteilen.

Eine der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit solchen Kooperationen ist laut Daria der Zeitfaktor. Im Gegensatz zu einzelnen Freiwilligen können die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht immer schnell reagieren, da sie einen hohen bürokratischen Aufwand betreiben müssen. Dies verlangsamt den Prozess der Beschaffung der benötigten Gegenständen. Daria zufolge können die Freiwilligen bei ihren Aktivitäten deswegen diejenigen Tätigkeiten, die sie selbst ausführen können (ohne Zusammenarbeit mit NRO oder Stiftungen), oft schneller erledigen als große, gesetzlich eingetragene Organisationen.

Serhii M. ist Aktivist in einer größeren Graswurzelinitiative, die Dutzende von AktivistInnen in Kyiv und Lwiw vereint — sie nennen sich ‚Kollektive der Solidarität‘ (bis vor kurzem — Operation Solidarität). Die Gruppe beschreibt sich selbst als "antiautoritäres Freiwilligennetzwerk, das während des Krieges organisiert wurde, um allen fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft gemeinsam zu helfen, der imperialistischen Aggression gegen die Ukraine entgegenzuwirken", und begann ihre

Aktivitäten im März 2022. Dazu gehören neben der Beschaffung von Hilfsgütern und Geldern für den Kauf und der Lieferung von humanitärem Gute, militärischer Ausrüstung und medizinischer Versorgung für die territorialen Verteidigungseinheiten und ihre Familien, auch die Hilfe für geflüchtete Menschen und die Unterstützung anderer progressiver Graswurzelinitiativen. Kollektive der Solidarität ist nicht als NGO registriert.

„Es scheint kein Problem zu sein, weil jeder irgendwie seine Sache hinbekommt“, sagt Serhii. "In der Tat gibt es eine Menge Dinge, die man tun darf, ohne eine offiziell registrierte NGO zu sein. Man braucht keinen legalen Status, um Lebensmittel in ein Dorf zu bringen und den Menschen dort zu helfen. Andererseits werden wir oft gefragt, ob man einen Freiwilligenausweis oder eine Bescheinigung hat. Dies kann von der Polizei in der Stadt oder von MitarbeiterInnen, die den Übergang von Straßensperren oder den Zoll kontrollieren, verlangt werden".

Dieser Freiwilligenausweis kann nur von Freiwilligen erworben werden, die ihre Tätigkeit in bestehenden Organisationen und Einrichtungen ausüben, nicht aber von einzelnen Freiwilligen oder selbstorganisierten kleinen Aktivistengruppen. Der Grund dafür ist, dass es eine juristische Person geben muss, die eine solche Bescheinigung ausstellt und der die Identität des Freiwilligen und die Art der von ihm ausgeübten Freiwilligentätigkeit innerhalb der Organisation bescheinigt. Serhii schätzt, dass die einzige Möglichkeit für Freiwillige, eine solche Bescheinigung zu erhalten, darin besteht, sich einer NGO anzuschließen, auch wenn sie ihre Aktivitäten in den meisten Fällen individuell durchführen.

Weiter gibt es noch andere Gründe für Graswurzelinitiativen mit etablierten NROs zusammenzuarbeiten. Sowohl Daria als auch Serhii berichten davon, dass viele Stiftungen nur registrierten Organisationen

finanzielle Unterstützung oder Hilfe beim Transport gewähren können – da sie nur so Unterlagen für die Finanzberichte vorlegen können. Außerdem unterstreicht Serhii die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit für die Zwecke der Zollkontrolle. "Derzeit ist es erlaubt, humanitäre oder medizinische Hilfe oder taktische Ausrüstung in die Ukraine zu bringen, entweder für konkrete militärische oder territoriale Verteidigungseinheiten oder für registrierte NGOs oder gemeinnützige Stiftungen“ daher sei es sehr wichtig für eine Graswurzelinitiative, die die Hilfe im Ausland erwirbt, zu diesem Zweck mit einer NGO verbunden zu sein.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zusammenarbeit mit Freiwilligen und AktivistInnen im Ausland. Wer jetzt in die Ukraine reisen möchte, um beispielsweise Hilfsgüter zu bringen oder als Freiwillige in den Unterkünften für Binnenvertriebene zu arbeiten, muss eine Einladung erhalten. Schon vor dem Krieg hatten die Grenzbeamten trotz der Visafreiheit für viele Länder das Recht, AusländerInnen bei der Einreise in die Ukraine nach dem Zweck ihres Besuchs zu fragen und Dokumente zu verlangen, die diesen Zweck belegen. AusländerInnen dürfen nach ukrainischer Gesetzgebung nur über bestehende Organisationen und Institutionen ehrenamtlich tätig werden. Wenn sich also Personen aus dem Ausland einer Graswurzelinitiative in der Ukraine anschließen möchten, müssen sie eine registrierte NGO finden und den Großteil ihrer Freiwilligenarbeit dieser widmen.

V. **BLOG 5 [05. AUGUST 2022]:** Aktivitäten der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände während des Krieges in der Ukraine

Gewerkschaften werden oft als Organisationen der Zivilgesellschaft bezeichnet. Vor allem dann, wenn wir über den "dritten Sektor" als Akteur jenseits von Markt und Staat sprechen, der den dritten Teil des sozialen Dialogs verkörpert und fähig ist, auf Verhandlungen über Gemeingüter Einfluss zu nehmen, also auf Fragen des öffentlichen Interesses. Natürlich gibt es strukturelle Unterschiede darin, wie Gewerkschaften aussehen, welche Rolle und welchen Einfluss sie in verschiedenen Ländern haben.

Obwohl viele Gewerkschaften in der Ukraine rechtlich Nachfolger der Gewerkschaften aus der Sowjetzeit sind, bedeutet dies nicht, dass ihre jetzigen Aktivitäten sich ausschließlich um die administrative Rolle der Verteilung von Sozialleistungen in Verbindung mit dem Arbeitsplatz drehen wie es früher der Fall war. Vielen alten "staatlichen" Gewerkschaften und unabhängigen Gewerkschaften gelingt es, in der unabhängigen Ukraine neue Identitäten anzunehmen und die Forderungen der ArbeitnehmerInnen sowie kritische Positionen zu bestimmten Gesetzen oder politischen Maßnahmen zu vertreten. In diesem Blog möchte ich über die Situation der Gewerkschaften in der Ukraine während des Krieges berichten: wie der Krieg ihre regulären Aktivitäten beeinflusst und vor welchen Herausforderungen sie stehen.

Bereits im März hat das ukrainische Parlament ein Kriegsgesetz verabschiedet, das die bestehenden Rechte der Gewerkschaften auf die Vertretung und den Schutz ihrer Mitglieder beschränkte. So wurde es den ArbeitgeberInnen beispielsweise gestattet, ArbeitnehmerInnen zu

entlassen oder ihre Arbeitsverträge auszusetzen, ohne die Zustimmung der Gewerkschaft einzuholen, wie es bisher der Fall war.

Viele Gewerkschaften sahen diese Beschränkungen jedoch als unvermeidliche Erfordernis für den Krieg an und konzentrieren ihre Aktivitäten hauptsächlich auf humanitäre Missionen. Sie sammeln Spenden und leisten Hilfe, sowohl für ihre Mitglieder und deren Familien als auch für andere UkrainerInnen, die unter dem Krieg leiden. Wie Artem Tidva berichtet, der den Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EPSU) in der Ukraine vertritt, haben viele Gewerkschaftsmitglieder ihren Arbeitsplatz bzw. ihr Zuhause verloren, da sowohl Unternehmen als auch Wohnhäuser durch den Beschuss zerstört wurden. Dank der Kommunikation zwischen den GewerkschaftsaktivistInnen und den Gewerkschaften in verschiedenen Regionen finden viele Menschen jedoch Hilfe und eine vorübergehende Unterkunft. Im Allgemeinen fanden seit Beginn des Krieges mehr als 350.000 Binnenvertriebene in den Freizeiteinrichtungen der Gewerkschaften, die dem ukrainischen Gewerkschaftsbund angehören, eine zeitweilige Unterkunft.

Häufig arbeiten die ukrainischen Gewerkschaften mit der internationalen Gewerkschaftsgemeinschaft und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Ausland zusammen. So hat der Internationale Gewerkschaftsbund einen Spendenaufruf gestartet, um Mittel zur Unterstützung der humanitären Arbeit der Gewerkschaften und Verbände, die dem Ukrainischen Gewerkschaftsbund und dem Bund Freier Gewerkschaften angehören, zu sammeln. Viele Gewerkschaften in den Nachbarländern (Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Moldawien) helfen den Mitgliedern der ukrainischen Gewerkschaften aus denselben Bereichen (Bau, Bergbau, Gesundheitswesen, Eisenbahn usw.) und ihren Familien bei der Evakuierung und Unterbringung oder schicken

humanitäre Hilfe an diejenigen, die in der Ukraine bleiben, um ihren Dienst zu verrichten.

Ivanna Khrapko, Leiterin des Jugendrates des ukrainischen Gewerkschaftsbundes, berichtet, dass das Interesse und die Unterstützung der internationalen Partner in den ersten Kriegsmonaten beispiellos waren: "In den ersten Wochen begannen alle unsere Partnerorganisationen im Ausland uns zu schreiben und zu fragen, wo wir sind, wie es uns geht und wie sie uns helfen können. Und es war eine echte Herausforderung für uns, herauszufinden, um welche Art von Hilfe wir zuerst bitten sollten. Während dieser Zeit habe ich persönlich wirklich ein Gefühl dafür bekommen, was Solidarität bedeutet, was internationale Solidarität bedeutet und was die Stärke einer Gewerkschaft ausmacht."

Als die Gewerkschaftsaktivisten zu ihren üblichen Aktivitäten wie der Organisation von Workshops und Schulungen zurückkehrten, wurde deutlich, so Khrapko, wie stark sich Themen und Fähigkeiten, die in ihren Schulungen behandelt werden müssen verändert haben: "Anstelle der üblichen gewerkschaftlichen Organisationsschulungen denken wir jetzt darüber nach, unsere Mitglieder in Erster Hilfe zu unterrichten, sie über mögliche Probleme zum Thema Menschenhandel aufzuklären, die sie beim Grenzübertritt haben könnten, und so weiter".

Langsam kehren die Gewerkschaften auch zu ihrer Rolle als dritter Teil des sozialen Dialogs mit Staat und Wirtschaft zurück und richten einen kritischen Appell an die Verantwortlichen der neuen Gesetzesentwürfe, die weitreichende Änderungen des Arbeitsgesetzes vorschlagen. In einer öffentlichen Kampagne versuchten die Gewerkschaften, ihre Kräfte mit denen der europäischen Gewerkschaftsverbänden zu vereinen und wiesen auf die Unvereinbarkeit der Gesetzesentwürfe mit den Grundsätzen und Normen der EU-Gesetzgebung sowie auf Widersprüche

zu den von der Ukraine ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation hin. Während ich diesen Blog vorbereitete, verabschiedete die ukrainische Regierung die viel diskutierten Gesetzesentwürfe (Nr. 5161 über die Regulierung von atypischen Arbeitsverhältnissen und Nr. 5371 über die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen in kleinen und mittleren Unternehmen). "Obwohl viele Änderungen des Arbeitsgesetzes, die im Gesetz Nr. 5371 verabschiedet wurden, nur während des Kriegsrechts gültig sein werden, haben wir bereits Fälle beobachtet, in denen Arbeitgeber die Macht, die sie dadurch erhalten haben, missbraucht haben", sagt Tidva vom EPSU.

Khrapko stimmt zu, dass die Möglichkeiten der Gewerkschaften, ihre Überwachungsfunktion im Bereich der Arbeitspolitik und des Arbeitsrechts zu erfüllen, im Moment sehr begrenzt sind. Der beste Weg für die Gewerkschaften, ihren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, sind offizielle Appelle und Briefe an die Behörden. So wandte der ukrainische Gewerkschaftsbund sich in einer öffentlichen Erklärung an den ukrainischen Präsidenten und bat darum, gegen eines dieser Gesetze sein Veto einzulegen. Die ukrainischen Gewerkschaften wandten sich auch an ihre internationalen Partner, um eine gemeinsame öffentliche Kampagne als Reaktion auf die verabschiedeten Gesetze zu starten. "Unter den gegenwärtigen Umständen können wir keine Proteste gegen bestimmte Änderungen und Gesetzesvorlagen organisieren. Wir können jedoch in den Medien und in der Öffentlichkeit über deren Folgen sprechen", fügt Khrapko hinzu.

VI. BLOG 6 [14. DEZEMBER 2022]: Für einen inklusiven Wiederaufbau der Ukraine: Wessen Stimmen werden einbezogen?

Seit dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine sind neun Monate vergangen. Seitdem finden auf dem Territorium der Ukraine heftige Kämpfe zwischen den beiden Armeen statt, Bomben und Raketen fallen auf Häuser, tausende von Menschen sterben bei Angriffen der russischen Truppen auf die zivile Infrastruktur, bei Folter und Verfolgung. Einige Millionen Menschen wurden zwangsweise in das Gebiet der Russischen Föderation deportiert. Millionen weitere sind in die Nachbarländer geflohen und müssen dort die Härte des Lebens als Geflüchtete ertragen. Diejenigen, die in der Ukraine bleiben, leben unter schwierigen Bedingungen, ohne Heizung, Strom und oft ohne Kommunikationsmittel. Russland hat den Kindern in der Ukraine ihr Recht auf eine unversehrte Kindheit genommen und den älteren Menschen die Möglichkeit, friedliche Lebensjahre im Kreise ihrer Familien zu verbringen.

Hinzu kommt, dass extreme Kälte zu erwarten ist. Ich schreibe diesen Blog am ersten Tag des Winters von meiner Übergangswohnung in Berlin aus. In ein paar Tagen werde ich einen Zug besteigen, der mich an die polnisch-ukrainische Grenze bringen wird. Dort werde ich einen anderen Zug nehmen. Dann noch einen. Und dann einen Bus. Schließlich werde ich ein Dorf erreichen, in dem ich meinen dreißigsten Geburtstag feiern will. Zu Hause.

In einem Land, das nur ein paar Flugstunden von Deutschland entfernt ist, leben dieselben Menschen, aber sie haben nur für ein paar Stunden am Tag Licht und Zugang zum Internet. In der übrigen Zeit geht der Beschuss weiter und die ukrainischen Versorgungsbetriebe bemühen

sich, die durch den Beschuss beschädigten Stromnetze zu reparieren. Die neue Woche bringt weitere massive Angriffe auf ukrainische Städte, neue Schäden ... der Krieg dauert an.

Wann wird der Krieg enden? Wann werden wir gewinnen, und die russische Armee wird unsere Städte und Dörfer für immer verlassen? Das sind die Fragen, die sich jeder Ukrainer und jede Ukrainerin jetzt stellt. Aber es gibt noch eine andere Frage: was wird nach dem Krieg mit uns, mit unserem Staat geschehen? Und wie wird unsere Gesellschaft nach dem Krieg aussehen.

Während auf den Schlachtfeldern über das Schicksal des Staates und unsere Unabhängigkeit entschieden wird, werden gleichzeitig die Strategien für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg und die Wege ihrer sozioökonomischen Entwicklung diskutiert.

So wurde im April durch ein Dekret des ukrainischen Präsidenten der „Nationale Rat für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg“ eingerichtet, ein Beratungsgremium, das dem Präsidenten untersteht. In weniger als drei Monaten hat er den Entwurf eines Wiederaufbauplans für den Zeitraum bis 2032 erstellt. Er besteht aus 23 separaten Plänen, die von den zuständigen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen ausgearbeitet wurden. Zu den Teilnehmenden der Arbeitsgruppen gehören unter anderem VertreterInnen der Zivilgesellschaft - Nichtregierungsorganisationen (NRO), Think Tanks und einige Aktivistenorganisationen.

In diesen Plänen, die der internationalen Gemeinschaft vorgelegt wurden, wird eine bestimmte strategische Vision dargelegt, wie sich die ukrainische Wirtschaft entwickeln sollte, welches die wichtigsten Grundsätze der Sozial- und Bildungspolitik sein sollten, wie die ukrainischen Städte wieder aufgebaut und entwickelt werden sollten

usw. Sie fassen die allgemeine Vision zusammen, wie die TeilnehmerInnen der Räte die bestehenden Probleme sehen (d.h., welche als diejenigen Probleme definiert werden, die der Aufmerksamkeit bedürfen), und schlagen sehr spezifische Wege zur Lösung dieser Probleme vor.

Obwohl diese Pläne als Entwurfspläne bezeichnet werden, wurden bei einigen der darin vorgeschlagenen Maßnahmen bereits mit der Umsetzung begonnen. Die blitzschnelle Entwicklung solcher Visionsdokumente ist (angesichts des Krieges im Lande) wirklich beeindruckend. Auf den ersten Blick auf eine durchaus positive Art und Weise. Als Soziologin und Politik-Analytikerin, die an eine partizipatorische und integrative Entscheidungsfindung glaubt, kann ich jedoch nicht umhin, darüber nachzudenken, wer in den Prozess der Entscheidung über die künftige Entwicklung unseres Landes eingebunden ist und wer von diesem Prozess ausgeschlossen bleibt. Wie inklusiv ist der Prozess der Entwicklung von Konjunkturprogrammen? Inwieweit werden die verschiedenen Stimmen wirklich gehört? Hatten alle zivilen AktivistInnen, die sich an der Entwicklung solcher Pläne beteiligen wollten, wirklich die Möglichkeit dazu? Wird die Stimme derjenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen berücksichtigt, die sich mit lokalen Problemen auf Gemeindeebene befassen? Inwieweit haben AktivistInnen mit anderen Ansichten einen Platz in den Arbeitsgruppen des Nationalrats gefunden?

Sicherlich gibt es bestimmte Bereiche wie Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung, verantwortungsvolle Staatsführung und Transparenz der Politikgestaltung, in denen viele, wenn nicht sogar die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure eine ähnliche Agenda verfolgen können. Aber wenn wir zum Beispiel sagen (oder lesen), dass die ukrainische Zivilgesellschaft diese oder jene Vision von Reformen

unterstützt, was genau meinen wir damit? Bedeutet dies, dass die Zivilgesellschaft ein einheitlicher Akteur ist, der "für alles Gute" kämpft und dass es eine einheitliche Definition dessen gibt, was gut ist?

Nein, genau das ist sie nämlich nicht, die Zivilgesellschaft ist nicht homogen, sondern vielfältig. Aber ich frage mich auch immer wieder, wie breit die Diskussion über den Wiederaufbau nach dem Krieg sein kann. Offensichtlich schließen sich einige VertreterInnen der Zivilgesellschaft in verschiedenen Koalitionen zusammen, um alternative Wiederaufbaupläne zu entwickeln und die mögliche Rolle der Zivilgesellschaft beim Wiederaufbau nach dem Krieg und der Integration der Ukraine in die EU zu diskutieren. Einige Gruppen konzentrieren ihre Bemühungen darauf, diese Prozesse transparent und partizipativ zu gestalten, andere kommentieren den Inhalt der in den Wiederaufbauplänen vorgeschlagenen Maßnahmen und schlagen Alternativen dazu vor.

Aber ob es im Moment wirklich viel Raum für eine solche Diskussion gibt und ob es eine reale Möglichkeit für NGOs oder Graswurzelinitiativen aus lokalen Gemeinschaften gibt, an der hochrangigen Diskussion über die Zukunft unseres Landes nach dem Krieg teilzunehmen - das bleibt für mich eine offene Frage. Ich frage mich, inwiefern sie nicht nur in der Lage sind, etwas vorzuschlagen, sondern tatsächlich von den Behörden gehört zu werden. Und wie ein solcher Dialog organisiert werden könnte.

Das rechtliche Regime des Kriegsrechts hat die Offenheit der Entscheidungsfindung erheblich eingeschränkt und die Möglichkeiten der Interessenvertretung und der öffentlichen Kontrolle sind in gewisser Weise geschrumpft. Aber die Ukraine ist eine Demokratie und wir können unsere Meinungsfreiheit auch in Kriegszeiten genießen. Seit März wurden viele Entscheidungen und Maßnahmen, die von den Behörden auf lokaler und nationaler Ebene getroffen (oder nicht getroffen)

wurden, von Organisationen der Zivilgesellschaft und AktivistInnen kritisch kommentiert. Da die Möglichkeiten für öffentliche Versammlungen begrenzt sind, sind elektronische Petitionen und ähnliche Maßnahmen des zivilen Aktivismus auf dem Vormarsch.

Es gibt zudem aber auch echte Proteste. Nehmen wir nur die jüngsten Beispiele in der Hauptstadt Kyjiw. Zum Beispiel die öffentliche Kampagne für den Erhalt des größten ukrainischen Filmarchivs Dovzhenko Centre. Die Entscheidung der staatlichen ukrainischen Filmagentur, das Zentrum zu reorganisieren (de facto zu liquidieren) und der systematische Missbrauch der organisatorischen Autonomie der Einrichtung wurden von der kulturellen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft scharf verurteilt. Trotz der Fliegeralarme sind dutzende von AktivistInnen zum Protestieren auf die Straße gegangen. Als sich die Situation zuspitzte, richteten sich die Forderungen der NPOs und der KulturaktivistInnen gegen die mangelnde Kompetenz und die allgemeine Ineffizienz der staatlichen Kulturpolitik, die zu dieser Situation geführt hatte. Sie forderten nicht nur den Erhalt des Filmarchivs, sondern auch die Entlassung des Leiters der staatlichen Filmagentur und des Ministers für Kultur und Informationspolitik.

Ein weiteres Beispiel ist eine öffentliche Kampagne zur Rettung eines Wohnhauses aus dem 19. Jahrhundert, dessen vollständiger Abriss angekündigt worden war, nachdem ein Teil des Gebäudes im Oktober durch eine russische Drohne zerstört worden war, wobei mehrere BewohnerInnen ums Leben kamen. Die BewohnerInnen schlossen sich mit städtischen AktivistInnen zusammen, um die Stadtverwaltung davon zu überzeugen, den zerstörten Teil des Hauses zu erhalten und wiederaufzubauen, da das Gebäude einen historischen Wert hat. Die Petition und die öffentliche Ablehnung eines Abrisses haben schnell eine andere Ebene erreicht – es ging nun mehr um die allgemeine Diskussion

über die Angemessenheit der Maßnahmen zum Schutz des kulturellen Erbes und deren Umsetzung. Die laufende Diskussion über die kürzlich von der Regierung vorgeschlagene Stadtplanungsreform ist nicht weniger hitzig und findet in einer kritischen Atmosphäre statt.

Die Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Notunterkünften für die Leute, deren Häuser durch den Beschuss beschädigt wurden, führen unweigerlich zu einer Diskussion über die derzeitige Wohnungspolitik in der Ukraine im Allgemeinen. Städtische AktivistInnen, die sich mit diesem Thema befassen, plädieren für die Schaffung eines Fonds für den sozialen Wohnungsbau, den es in der Ukraine vor dem Krieg nicht gab.

All diese Diskussionen erreichen schließlich eine eher systemische Ebene: wie sollte die Politik in diesem oder jenem Bereich aussehen. Wollen wir als Gesellschaft, dass sie so ist wie vor dem Krieg? Und was, wenn die Herausforderungen, mit denen wir während des Krieges konfrontiert waren, uns dazu zwingen, etwas zu überdenken? Was ist, wenn die Politik und die Ansätze, die vor dem Krieg angewandt wurden, nicht mehr passen? Ich frage mich, ob es einen Raum gibt, in dem solche konstruktive Kritik geäußert werden kann. Mit anderen Worten: Haben die Akteure der Zivilgesellschaft derzeit wirklich die Möglichkeit, die Wege der sozioökonomischen Entwicklung in Frage zu stellen? Haben sie die Möglichkeit eine grundlegend andere Wohnungspolitik zu fordern, für eine grundlegend andere Entlohnung der Beschäftigten im Bereich der kritischen Infrastrukturen einzutreten, eine umfassende Sozialpolitik zu entwickeln, die es in dem Land vor dem Krieg nicht gab? Ich frage mich, ob wir das Unmögliche fordern können, wenn die UkrainerInnen bereits das Unmögliche tun - gegen die Armee eines Landes kämpfen, das zehnmal größer ist als wir.

English

VII. **BLOG 1 [20. MAY 2022]:** A “watchdog” during the war: notes on the public sphere

Like other people actively involved in civil society organizations in Ukraine, I keep asking myself the question "What is the role of civil society organizations during a war in the country?". In the first weeks or even a month of the war this question might sound like “What to do now?” and it was about what should be done right now. Often, the answer to this question might have nothing to do with what the organization or individual activist was doing until February 24. Instead, the answer to this question could rather be related to the specific practical assistance needed by the community or certain social group with which the organization is affiliated. As a result, many civil society organizations, volunteer movements and grassroots activist groups have been involved in evacuating or receiving refugees from hostilities, delivering food or medicine, purchasing and / or transporting some humanitarian or other aid.

However, a few months after the start of the war, it may be a right time to frame the question about the role of civil society organizations during war referring to its classic functions. So far, not all CSOs have completely changed their activities during the war by fully adapting them to the needs of wartime. Some CSOs at least partially have returned to activities in the areas they were previously involved in. In this context, I would like to address one of the key roles played by civil society organizations, namely the watchdog role. This role consists in monitoring the decisions, policies, legislative and budgetary initiatives of the authorities, and offering constructive criticism and propositions, which, in the case of many organizations, represents the voices of people who do not have

direct access to decision-making processes. In fact, it is this activity and this role of the civil sector that makes it an important condition / guarantee / foundation of a democratic society.

This role of civil society cannot exist without the public sphere as an open space for discussion of decision-making on all issues that are a common cause. However, during the war, this discursive arena, where private people can discuss common affairs (if we turn to the definition of the public sphere by Jürgen Habermas), underwent some changes. Upon the martial law the civil society actors have a limited instrumentarium for expressing some direct criticism of certain government decisions, for example, it's hard to imagine massive public gatherings (eg. protests, marches, etc.). Also, many decisions are made faster, and public discussions become more emotional, also in regard to discussion of which questions are on the table to discuss.

At the beginning of the week as always I`ve got a newsletter from one of the main Ukrainian informational portals for the civil society organizations. It started with the short appeal to its readers that stated that for now the main criterion for the expediency of the activities of the civil society organizations in Ukraine should be their contribution to increasing the defense capabilities of Ukrainian army. It is hard not to agree that the first and utmost goal of all Ukrainians is to defend ourselves against Russian aggression. However, the state and the local authorities continue their work also in the sphere of internal affairs, either we speak of passing the new laws or elaborating and implementing new policies in response to the various social, economic, infrastructural problems created by the war. Some of these actions and policies might be well planned, some however could indeed deserve some critical remarks. There is always a danger that some disadvantaged or vulnerable groups will be left behind by some decisions and that the

difficult times will be misused to enforce some policies that would otherwise not be enforced. Therefore, it is important to strengthen the importance of the watchdog role of the civil society organization in times of war. In the next publications I will present the voices of a few CSOs from Ukraine which hold the watchdog roles in the number of spheres and share with you how they carry this role now.

VIII. **Blog 2 [03. JUNE 2022]:** “Some of the adopted laws will not expire after the end of wartime.” How Ukrainian CSOs keep being watchdogs

In this blog I would like to talk with you about some Ukrainian non-governmental organizations which are performing the watchdog role either as their main role or as a side role and to share with you how they carry this role now, in times of war. I have also asked representatives of a few organizations whether and how the monitoring role changed in these circumstances and why they think it is important to keep monitoring the authorities' decisions and initiatives.

The **Digital Security Lab** (ukr. Лабораторія цифрової безпеки) is an NGO that unites a team of specialists in the field of digital security and Internet freedom. As their main activity they help Ukrainian journalists, human rights defenders, and civil society activists to address digital security issues by conducting training and webinars as well as consultations and audits on digital security. But beside that, the organization also stands for freedom of expression and the right to privacy online, opposes unjustified restrictions, bans and blockades by the government and corporations, and offers solutions that protect human rights. It follows this mission also in war times. Thus, Digital Security Lab analyzed how the legislative changes aimed at speeding up the investigations of crimes under the martial law and namely at simplification of the access to the “digital evidence” such as information from personal devices or public video cameras created a number of risks to the protection of users' privacy rights.

Organization also reacted to the banning of the visual content depicting Russia's war crimes in Ukraine from the popular social media (Instagram, Facebook) and initiated a public statement to be joined by other CSOs

claiming this to be a clear misuse of Meta community standards. In a statement Digital Lab spoke out against such moderation of this content, since it could raise awareness of the wider audiences about international crimes committed by the Russian troops and also could be used as valuable evidence for any legal action in international courts in the future.

As many other NGOs, the **Labor Initiatives NGO** (ukr. Трудові ініціативи) that deals with labor rights and freedom of workers associations has also replanned its activities because of the war and provides various humanitarian assistance to Ukrainians. For instance, the organization established a volunteer hub "Trade Union Lifeline", which involves trade union activists from all over the country. But at the same time the Labor Initiatives continues to perform its main activities. Firstly, it provides free legal aid. Inna Kudinska, a lawyer and a member of a team of Labor initiatives, shares that from the first days of the full-scale Russian invasion, hundreds of people began to contact the NGO hotline, as the labor market suffered significant losses during the war. Those who fled wanted to register themselves as remote workers, some asked help for terminating the employment contract with the employer who remained in the territory of hostilities and so on.

The Labor Initiatives also performs its second main mission and keeps monitoring the legal initiatives in their field of work and regularly publishes its public evaluation underlining its strong sides as well as potential dangers to the workers' rights.

“The adoption of the new laws should, above all, be aimed at increasing the state's defense capabilities, including in economic terms,” says Kudinska. “However, there are many new labor laws that are being passed today, which sometimes even contradict each other and can

create problems with their implementation in practice. In addition, the danger lies in the fact that some of the adopted laws will not expire after the end of wartime but will continue to operate in peacetime”.

The organization draws attention to the fact that now employers have got more rights for unilateral decision-making, which often led to violation of the workers' rights, whose vulnerability only increases under martial law.

One of the oldest Ukrainian civil society organizations that deals with human rights, **Ukrainian Helsinki Human Rights Union** (ukr. Українська Гельсінська спілка з прав людини, UHHRU) also keeps fulfilling its mission during the war. Organization that has a profound expertise in monitoring and reporting acts of violations of rights and freedoms or dangers of these violations has not limited itself only to reporting such cases being done by the Russian army. It also keeps monitoring the newly passed laws, draft laws and other legal acts. For instance, the organization joined the critical statement of Ukrainian CSOs against the amendments to the Code of Ukraine on Administrative Offenses for “protecting the honor and dignity of citizens and law enforcement officers” (referring to police officers). A draft law that was submitted to the Ukrainian parliament on the first day of the war introduced a punishment for "insulting a police officer" that did not exist in the Ukrainian legislation before. In the statement it is explained that the possibility of subjective and arbitrary interpretation of the term "insult" in practice could lead to the unjustified persecution of the journalists and civil society activists as well as to the self-censorship of the latter. Among other organizations UHHRU is pointing out this to be an abuse of martial law that could worsen the environment for independent journalism, freedom of peaceful assembly, and freedom of expression which constituted the shared democratic values in Ukraine.

For many years another NGO — **Laboratory of Legislative Initiatives** (ukr. Лабораторія законодавчих ініціатив) implements different projects aimed at ensuring the civil sector participation in the legislative process. Organization that is trying to strengthen the interaction between the government and civil society and to make it more effective also monitors the parliament work, elaborates, and advocates its propositions for the law amendments. Now this organization not only keeps monitoring and analyzing the legislative activities of the parliament of Ukraine, but also monitors how this work is organized in war conditions in which established procedures of its work are not always possible to implement.

In this regard, the Laboratory of Legislative Initiatives draws attention to the fact that the organizational processes of the parliament`s work under the martial law have not been fully regulated yet. Therefore, it advocates the necessity of establishing and fixing the special procedures (such as how the bills are prepared or how the meetings are held) of the parliaments work in these circumstances so that the legitimacy of wartime decisions would not be undermined either now or in the future.

The Institute of Legislative Ideas (ukr. Інститут законодавчих ідей) is an independent think tank, which motto is “We find legislation which does not work for the society”. For more than 5 years this non-governmental organization has been conducting anti-corruption expertise of the draft laws to prevent the possibility of incorporating corruption schemes into the law. Through this analysis as well as elaboration and advocacy of the legislative initiatives this NGO aims at “improving legislation that will benefit society as a whole”.

Tetiana Khutor, chairwoman of the organization, says that in the first weeks of war most of the organization's usual activities had become not relevant.

“At that time, it would have been strange to demand from the government and society to focus their attention and resources on areas other than survival and security. Therefore, during the first three weeks of war the Institute, like most of other CSOs, had been almost exclusively concentrating on humanitarian aid. At that time, we did not know how the parliament would work, how active the legislative work would be and in which spheres mostly. Moreover, it was not clear how open the work of parliament would be. We saw the texts of the first draft laws after their adoption” says Khutor.

However soon the Institute renewed its regular activities. The Institute monitors and analyzes other new laws that regulate different spheres of life during the war and publishes brief texts and infographics to raise the public awareness of the changes.

“We understood that it would be wrong not to use the expertise we have”, says Khutor. “In particular, we started by explaining the laws passed to society. This turned out to be a useful thing because it was well received by the media, so there was a request from the public. Since the parliament started to open the texts of the draft laws, we have been analyzing them before they were passed in order to inform the public about its risks and benefits. As a result, some bills provoked considerable discussion and were not adopted. And this is despite the fact that the parliament works now in a very fast mode with minimal discussions. Thus, we saw that our work helps to draw attention to risks, sometimes to prevent the adoption of not very positive legislative ideas, and to draw public attention to the good ones.”

For instance, the Institute conducted and published an analysis of the law on the confiscation of the property of Russian and Belorussian citizens in Ukraine that was passed in Ukrainian parliament in the beginning of May. Organizations experts pointed out both advantages and disadvantages and risks of this bill and stated that confiscation of Russian and Belarusian private assets could be a legal issue. NGO also conducted a comprehensive analysis of other bills and possible models of confiscation, outlining their advantages and disadvantages. Thus, although the organization supports the government's idea of confiscation, at the same time publicly insists on the importance of choosing the right legal bases and mechanisms to use this legislative tool most effectively.

Inna Kudinska from the Labor Initiatives believes that a reasonable critical assessment of the activities of parliament and other government institutions by the public as well as its objective coverage in the media, is necessary during the war.

“Only through joint efforts and a balanced approach to changes in labor can we ensure decent working conditions during the war and the foundation to the economic recovery of the state after it ends”, adds Kudinska.

Similar opinion is shared by the chairwoman of the Institute of Legislative Ideas:

“Now the activities of the authorities have stabilized to a greater extent and are becoming less uncertain than before, many of their functions are being renewed. At the same time, we can observe that higher-level legislation gives more discretion to lower-level bodies. Unfortunately,

some officials use it for both good and bad purposes”, says Tetiana Khutor - “Therefore, at a time when the country does not have time for broad public discussions of certain legislative decisions, the function of monitoring the transparency of their implementation becomes especially important”.

It is difficult to predict what will be the other difficulties and challenges that Ukrainian society will have to overcome in the coming months of the war and after it ends. But what should not be in any doubt is that one of the key tasks of civil society remains to monitor the actions of the authorities. After all, the well-being of the Ukrainians strongly depends on what response these challenges receive at the level of legislation and its implementation.

IX. **BLOG 3 [17. JUNE 2022]:** Ukrainian CSOs in the field of culture at times of war

In this blog I would like to share with you about the activities of Ukrainian NGOs and other CSOs in the field of culture during the war. As I have mentioned in the previous blogs, the war pushed many civil organizations in Ukraine to change temporarily the focus of their activity or at least to add some activities in response to the current situation.

Activists from the field of culture do not stay aside. Various cultural NGOs started a lot of initiatives aimed at supporting the cultural and art workers in the time of war, many dedicate their time to help the civilians onsite or to the purchase of medical and tactical supplies.

I will start with the several cultural initiatives from Mariupol, a city that has seen some of the worst devastation since Russia invaded Ukraine on 24 of February with about 20,000 civilians killed according to the preliminary estimations of Ukrainian officials. The city, the infrastructure of which is now virtually destroyed, including the Academic Regional Drama Theater, that served as a bomb shelter for an estimated 600 civilians and was destroyed in a Russian Air Force air strike in March, had in 2021 the status of the Big Cultural Capital of Ukraine.

Platform “Tu” it’s an art platform in Mariupol whose history began in 2015, when some of the future members of the organization fled to the city from the occupied Donetsk and Luhansk regions. The NGO was registered in 2016 and since that has been working on promotion of human rights and freedoms through culture and contemporary art through realization of a number of projects: art residences (among other, for example Woven network/Women’s network that addressed the pandemic and mass lockdown of the cultural sphere), workshops and an art cluster Os` — a project for teenagers and youth of Mariupol that

aimed at increasing the inclusion of young people in the cultural life of the city.

Since the war came to Mariupol for the second time in February, 2022, the Platform “Tu” established an Emergency Fund to provides one-time financial assistance to those people who fled the city are in need of the financial support, primarily to the families of adolescents who are members of the Os` art cluster, people who have got injured during the shelling or evacuation, people with disabilities, and families with children.

"Freefilmers" is a cinemovement and NGO, that promotes independent filmmaking in Ukraine, especially East Ukraine and decentralization of the cultural process. It also states its goal as “making films as alert and sensitive to the reality as possible and whose main focus is the human life and struggle for equality and freedom”. Organization that cooperates with Platform “Tu” was born in Mariupol with some active members also living in other Ukrainian cities. Since the war started the team of "Freefilmers" whose members fled Mariupol and are now based in different cities got organized themselves to deliver various support that is not limited to the artists community only. Besides supporting the underground artists and queer activists affected by war on a horizontal basis of mutual aid, organization helps with the transportation of humanitarian aid, medical supplies, and equipment to the regions most affected by war, helps refugees with the transportation to get to the safer places, supports hospitals and volunteer centers. "Freefilmers" also collects donations to support these activities.

Moving towards central Ukraine, we should mention the cultural community center Shelter+ which is based in the industrial city of Kryvyi Rih. This NGO sees its mission in “creation of an environment where people can feel free and safe, regardless of age, beliefs, nationality, social

and financial status”. Since 2020 Shelter+ has conducted various projects in the field of art, sports, and civic education mostly for the children, teens and young people. Now the organization is turned into a volunteer hub that provides various assistance to internally displaced people, including short-term accommodation and psychological support; supply the people in need and orphanages in Kryvyi Rih and nearby cities as well as in occupied towns and villages of the Kherson region with the medicine, food kits etc. Besides that, Shelter+ organizes evacuation of people with disabilities and their families and helps them to find a place to stay that would fit their specific needs in other countries. Shelter+ work is also under financed by donations.

A large number of cultural organizations that are located in Kyiv have also reoriented their work because of the challenges the war has brought.

For example, so did the Kyiv Contemporary Music Days — an NGO from the field of music. Since 2015 it has conducted hundreds of lectures and master classes for composers and musicians as well as for the wider audience, many international festivals and concerts of chamber, orchestral, electroacoustic music. Organization sees its mission in nourishing the musician’s community, developing the ecosystem of modern academic music and creating new formats and opportunities for art education, professional interaction and creative realization of artists. After the war started, this NGO created a fund to support classical musicians, especially elderly musicians and musicians with disabilities, those musicians who lost their jobs and those who needed to flee from Ukraine. This support includes provision of the most basic needs such as ensuring a basic standard of living and security: food, medicine, and housing as well as one-time financial assistance. Besides that, this organization tries to help musicians to keep their music practice going

by giving small financial support so they could buy an inexpensive instrument in case of loss and to maintain their instruments in a proper condition.

Kyiv Biennial is a project started by the NGO Visual Culture Research Center as an international contemporary art biennale, held every two years in Kyiv since 2015 and a forum for art, knowledge, and politics that integrates exhibitions and discussion platforms. Since the beginning of the war, the NGO launched the Emergency Support Initiative (ESI) to give various support to the members of the cultural and artistic community. While the primary goal of the ESI is to give immediate financial support to fulfill the basic needs for those who had to relocate because of the war and those who are remaining in the cities which are occupied by the Russian Army, it also supports art residencies in Ukraine that extended their capacities to host those who had fled the war zones.

Finally, I would also like to mention a relatively new initiative, which emerged during the war. Museum Crisis Center — is grassroot initiative developed by a director of a Lviv-based memorial museum of totalitarian regimes Territory of Terror and which is implemented by this museum together with two NGOs: Insha Osvita and The New Museum. It aims to provide financial, organizational, and human support to small regional museums and their teams in times of war. As the governmental financial support on the national level is still mostly focused on the major national museums and preservation of their collections, smaller museums located in the smaller cities and villages face significant difficulties and the local authorities are not always able to help them because of the lack of funds in local budgets. Therefore, Museum Crisis Center tries to help regional museums in this hard time and also seeks to develop a stable grassroot structure that could strengthen the museums in the process of

after war restoration and to serve as a tool of mutual assistance between museums and NGOs in this field in different crisis situations after the war.

X. **BLOG 4 [01. JULY 2022]:** The work of grassroots volunteer initiatives during the war: does the lack of legal registration pose a challenge?

Powerful civil society organisations often emerge from grassroots initiatives and volunteer groups that have united people to address pressing issues or to meet certain societal needs that arise after extraordinary events, such as political protests or natural disasters. But once these events are over, such initiatives can go through a period of institutionalisation and professionalisation and grow into an established NGO or a foundation with long-term goals. This is exactly what happened to many grassroots volunteer initiatives that emerged during the Maidan protests in Ukraine in 2014.

People both in Ukraine and abroad (primarily representatives of the Ukrainian diaspora) first united to address the various needs of the protest movement on the Maidan, and then later to help the army and the victims of the conflict in eastern Ukraine. When the need for urgent assistance decreased, some of them revised their goals or formulated new ones and continued to help Ukraine in a more sustainable way, obtaining the legal status of an NGO or charitable foundation. For example, this was the story of a charitable organization [Razom for Ukraine](#) that grew from a network of active Ukrainians living in the US during the Maidan. Right now, the Razom team provides tactical medicine and equipment for hospitals to address the most urgent needs as they evolve and assist in evacuating vulnerable populations.

Similarly, a number of initiatives that helped internally displaced persons and victims of military aggression in Eastern Ukraine and Crimea in 2014 soon became powerful NGOs in this area. Often such self-organised initiatives, which went on to formally register, were founded

by internally displaced people (IDPs) themselves. For example, Vostok-SOS, which still helps IDPs to find shelter during the war, assists in the evacuation of people from conflict zones, and collects and distributes humanitarian aid.

But I would also like to address the current experience of those grassroots initiatives and volunteer groups that emerged since the war started. The Russian Federation's war against Ukraine, which began in February this year, has led to an unprecedented mobilisation of Ukraine's civilian population. There are a huge number of volunteer groups and grassroots initiatives that bring together a few friends or neighbors or a much larger number of people and often form a complex, interconnected network.

Such groups and initiatives mostly provide humanitarian and medical aid to civilians, provide territorial defense units with means for tactical defense and assist medical and social institutions and local authorities in evacuating. These groups include people with experience of civic activism in one form or another, as well as those who began volunteering only at the beginning of the war. One thing that unites these initiatives is that they usually do not yet have a legal status — they are not registered as an NGO or a charity organisation.

But does this become a significant obstacle to activism during the war? What are the challenges faced by volunteers in purchasing and distributing humanitarian and medical aid and / or means for tactical defense that do this without registering as an NGO or other legal form? How do they solve them?

According to the main law that regulates volunteer activities in Ukraine — the Law of Ukraine "On Volunteering" — volunteering is a voluntary, altruistic, socially oriented nonprofit activity that is carried out by volunteers and volunteer organisations by way of rendering volunteer

aid. It is, however, important to emphasise that the law describes volunteers mostly as those who are *voluntarily* involved in activities of existing (public, private or non-governmental) organisations and institutions. This can be done on the basis of a formal agreement or without one. People can also do any volunteer activities (“provide volunteer assistance”) individually, excluding the provision of volunteer assistance to eliminate the consequences of natural and man-made disasters and to conduct mass public events of “national and international importance”. Provision of volunteer assistance to the Armed Forces of Ukraine and other official military formations, police and other law enforcement bodies, and state authorities during the legal regimes of a state of emergency or upon a martial law, including anti-terrorist operation and other measures to ensure national security and defense is allowed for individual volunteers.

Daria R. started volunteering during the first month of the war, when a good friend of hers joined the territorial defense unit in their city and urgently needed protection. To help him Daria turned to a charitable foundation that was collecting donations from individual volunteers and purchasing protective vests and helmets abroad. This is how Daria managed to help her friend to travel west. But after that, together with her partner and another friend, she started to help the other people with similar needs, mostly those who were about to join the territorial defense unit or the Army and who lacked particular equipment such as helmets, vests, gloves etc. Alongside many other small activist groups, they began to ascertain what people needed, tried to raise funds for these needs and collaborated with various charitable organisations and other volunteers to bring these goods from abroad. In the end, the various organisations worked together to distribute the items to those who needed them.

According to Daria, one of the main challenges with these collaborations is time. Unlike individual volunteers, the big CSOs cannot work very quickly, due to bureaucratic constraints. This in turn slows the process of purchasing items that are urgently needed. According to Daria, volunteers that do not work for a registered NGO may be able to complete tasks faster, because of the lack of bureaucratic obstacles that they face.

Serhii M. is an activist for a large grassroots initiative that unites dozens of activists in Kyiv and Lviv — Collectives of Solidarity (till recently — Operation Solidarity). The group describes itself as “anti-authoritarian volunteer network organized during the war to jointly help all progressive forces in society to counter imperialist aggression against Ukraine” and started their activities in March 2022. Its activities include raising aid and funds to purchase and deliver humanitarian aid, military equipment and medical supplies for territorial defense units and their families, helping refugees, and supporting other progressive grassroots initiatives. Collectives of Solidarity is also not registered as an NGO.

“It doesn't seem to be a problem, because everyone gets out of it somehow,” Serhii notes. “Indeed, there are a lot of things you are allowed to do without being an officially registered NGO. You don't need to have any legal status to bring food and donations to a village and help the people there. On the other hand, we are often asked if we have a volunteer ID or certificate. This may be asked by the police in the city or by workers controlling the crossing of roadblocks or customs”.

This volunteer ID or certificate exists in Ukrainian legislation but it can only be obtained by volunteers who carry out their activities within existing organisations and institutions, but not by individual volunteers or any kind of self-organised small activists groups, because there must be a legal entity that will issue such a certificate (that certify the identity

of a volunteer and a type of volunteering activities *within* the organization that she or he performs). Serhii shares that the only way for volunteers to get such certificates is to connect with an NGO, even if they will conduct their activities individually most of the time.

But indeed, there are numerous incentives for grassroots initiatives to cooperate with established NGOs. Both Daria and Serhii say that many foundations could just provide financial support or help with transport to registered organisations, because only they can provide certain documents for the foundations` financial reports. Besides that, Serhii underlines the importance of such cooperation for the purposes of customs check. “Currently, you can bring any humanitarian or medical aid or tactical protective equipment into Ukraine either for concrete military or territorial defense unit or for a registered NGO or a charitable foundation, Serhii states. Hence, it is very important for a grassroots initiative that purchase the aid abroad to have affiliation with some NGO for this purpose.

Another important aspect is cooperation with volunteers and activists abroad. People who would like to go to Ukraine now, to bring aid or to be a volunteer in the shelters for internally displaced people, for example, need to get an invitation. Generally, even before the war, despite the visa-free agreements with many countries, border guards have the right to ask foreigners when entering Ukraine about the purpose of their visit and to provide documents proving this purpose. Moreover, according to the Ukrainian legislation, foreigners may only carry out voluntary activities through existing organisations and institutions. So, if any individuals from abroad would like to join a grassroots initiative in Ukraine, they need also to find a registered NGO and dedicate most of their volunteer activities to it.

XI. BLOG 5 [05. AUGUST 2022]: Trade unions and worker associations' activities during the war in Ukraine

Trade unions are often referred to as civil society organizations. Especially when we talk about the “third sector” as actors beyond the market and the state that embodied the third part in the social dialogue and are able to influence the negotiations about the commons, the questions of public concern. There are of course structural differences in how trade unions look like and what role and what influence they have in different countries.

Although in Ukraine many trade unions are legal successors of the trade unions that existed in the Soviet time this doesn't mean that their activities are now connected to the exclusively administrative role of distribution of social benefits connected to the workplace as it was before. A lot of old “state” trade unions and independent trade unions succeed in gaining new identities in the independent Ukraine and representing workers' demands and critical positions regarding certain legislations or policies. In this blog I would like to cover the situation with trade unions in Ukraine during the war: how the war influences their regular activities and what challenges they face.

Already in March, the Ukrainian parliament passed wartime legislation that restricted the existing rights of trade unions to represent and protect their members. For instance, it allowed the employers to fire the workers or to suspend their employment agreements without the permission of the trade union as it was before.

Many trade unions, however, perceived these restrictions as an inevitable requirement of wartime and concentrated their activities

mostly on the humanitarian mission. They collect donations and provide aid both to their members and their families as well as other Ukrainians who suffer from war. As Artem Tidva, who represents the European Federation of Public Service Unions (EPSU) in Ukraine shares, many members of trade unions have lost their jobs, many lost their homes, because both enterprises and houses were destroyed by shelling, but thanks to the communication among the trade unions activists and between the trade unions in different regions, many people find help and temporary housing. In general, since the beginning of the war more than 350 thousand of internally displaced people found their shelter in the recreational facilities of the trade unions that belong to the Federation of Trade Unions of Ukraine.

Often, Ukrainian trade unions collaborate with the international union community and other civil society organizations abroad. For example, the International Trade Union Confederation established an emergency fundraising appeal to raise funds to support humanitarian work of the unions and associations that belong to the Federation of Trade Unions of Ukraine and the Confederation of Free Trade Unions of Ukraine. Many trade unions in neighboring countries (Poland, Slovakia, Hungary, Romania, Moldova) help the members of Ukrainian trade unions from the same sphere (construction, mining, healthcare, railways etc.) and their families with the evacuation and shelter or send humanitarian aid to those, who stay in Ukraine to perform their duty.

Ivanna Khrapko, head of the Youth Council of the Federation of Trade Unions of Ukraine, shares that level of interest and support from the international partners during the first months of war was unprecedented: "In the first weeks, all our partner organizations abroad started writing to us, asking where we are, how we are, how they can help us. And it was really a challenge for us to figure out what kind of help to

ask for first. During that time, I personally really got a sense of what solidarity means, what international solidarity means, and what the power of a union is all about."

Khrapko shares that when trade union activists began to go back to their usual activities such as organization of workshops and trainings, it became clear that the topics and skills which are demanded to be covered in these trainings have changed a lot. "Now, instead of the usual trade union organizing training, we are thinking about teaching our members first aid, telling them about possible problems with human trafficking they might have when crossing the border and so on", she says.

Slowly trade unions also get back to its role of the third part in the social dialogue with the state and business and take a critical appeal towards the new draft laws that propose serious amendments to the Labor Code of Ukraine. In their public campaign trade unions tried to consolidate their forces together with the European trade union confederations and pointed out the inconsistency of the draft laws with the principles and norms of EU legislation and contradictions with the Conventions of the International Labor Organization ratified by Ukraine. While this blog was prepared, the Ukrainian government passed the highly discussed draft laws (number [5161](#) on regulation of non-standard forms of employment and number [5371](#) on deregulation of labor relations in the small and medium-sized enterprises). "Although many changes to the Labor Code that have been passed in law 5371 will only be valid during the martial law, we have already observed the cases, when employers abused the power, they have obtained now", says Tidva of EPSU.

Khrapko agrees that, at the moment, the opportunities to fulfill their watchdog function in the field of labor policy and labor law are

significantly limited. The main way for unions to express their position remains official appeals and letters to the authorities. The Federation of Trade Unions of Ukraine made a public statement to the President of Ukraine and asked to veto one of these laws. Ukrainian trade unions also turned to their international counterparts to launch a common public campaign in response to the adopted laws. “In current circumstances we cannot organize protests against certain changes and bills. However, we can talk about their consequences in the media and public sphere” adds Khrapko.

XII. BLOG 6 [14. December 2022]: Which voices are included in an inclusive reconstruction of Ukraine?

It has been 9 months since the Russian army invaded Ukraine. Since then, fierce battles between the two armies have taken place, bombs and missiles have fallen on houses, thousands of people have died from Russian attacks on civilian infrastructure, from torture and persecution. Several million Ukrainians have been forcibly deported to the Russian Federation. Millions have fled to neighboring countries and face the hardships of refugee life. Those who remain in Ukraine live in difficult conditions, without heating, electricity, and communication networks. Russia has deprived children in Ukraine of the right to a safe childhood, and the elderly of the opportunity to spend their last years living in peace with their families.

In addition, extreme cold is on the way. I am writing this blog on the first day of winter from my temporary apartment in Berlin. In a few days, I will board a train that will take me to the Polish-Ukrainian border. There I will take another train. Then another one. And then a bus. Finally, I will reach a village where I will celebrate my thirtieth birthday. At home.

In a country that is just a few hours away from Germany by plane, the same people live, but they have electricity and access to the Internet for just a few hours a day. The rest of the time, shelling continues, and Ukrainian utility workers struggle to repair the power grids damaged by the shelling. Every week, there are new strikes on Ukrainian cities, new damages...The war continues.

When will the war end? When will we win, and when will the Russian army leave our cities and villages forever? Of course, this is the question that every

Ukrainian now asks themselves. But there is another question: what will happen to us, to our state, after the war? And what will our society be like?

While the fate of the state and our independence is being decided on the battlefields, the strategies of rebuilding Ukraine after the war and the trajectories of its socio-economic development are being discussed at the same time.

Thus, in April, a presidential decree established the National Council for the Recovery of Ukraine from the War, an advisory body to the President. In less than three months, it has prepared a draft Recovery Plan that runs until 2032. It consists of 23 separate plans developed by the relevant working groups that address various thematic areas. Working group participants include representatives of civil society, such as advocacy and service NGOs, think tanks, and some activist organisations.

These plans, which were presented to the international community, set out a certain strategic vision of how the Ukrainian economy should develop, what the key principles in social and educational policy should be, how Ukrainian cities should be rebuilt and developed, and so on. They summarise how these participants conceptualise existing issues (i.e., what is defined as the problems that need attention), as well as propose specific solutions to these problems.

Although these plans are called drafts, some measures proposed within these plans have already started to be implemented. The lightning speed (given the full-scale war in the country) of the development of such visions is really impressive. At first glance, this is very positive. However, as a sociologist and policy analyst who believes in participatory and inclusive decision-making, I can't stop thinking about who is involved in the process of deciding how our country should develop in the future, and who is left out of this process. How inclusive is the process of developing recovery plans? To

what extent are different voices really heard? Did all civil activists who would like to join the development of such plans really have such an opportunity? Is the voice of the civil society organisations that deal with local problems at the community level considered? To what extent have activists with different views found a place in the working groups of the National Council?

Of course, there are certain spheres, such as human rights, the fight against corruption, good governance and transparent policy-making, where many, if not most, of civil society actors share a similar agenda. But when we say (or read), for example, that Ukrainian civil society supports a certain vision of reform, what exactly do we mean? Does it mean that Ukrainian civil society is a united actor that fight 'the common good' and that there is a single definition of what is good?

No, it does not, and civil society is not homogeneous but diverse. But I keep wondering how broad the discussion about post-war reconstruction can be. Obviously, some representatives of civil society unite in different coalitions to develop alternative reconstruction plans and discuss the possible role of civil society in the afterwar reconstruction and integration of Ukraine into the EU. Some groups concentrate their efforts on making these processes transparent and participative, some comment on the content of policies proposed in the reconstruction plans and propose alternatives to them.

But whether there really is room for such discussion right now and whether there is a real possibility for NGOs or grassroots activists from local communities to participate in high-level discussions on the future of our country after the war remains an open question for me. I wonder whether they are able not only to propose something, but also to be heard by the authorities. And how such a dialogue could be organised.

The imposition of martial law has significantly limited the openness of decision-making and the possibilities for advocacy and public control have

become more limited. But Ukraine is a democracy, and we can even enjoy our freedom of expression in times of war. Since March 2022, quite a lot of decisions and measures that have been taken (or not taken) by the authorities on the local as well as on the national level have faced a critical response from civil society organisations and activists. Since the possibilities for public gatherings are limited, online petitions and similar measures of civil activism are on the rise.

But physical protests also take place. Let's take recent events in Kyiv as an example. One such event is the public campaign for the preservation of the largest Ukrainian film archive, the Dovzhenko Centre. The Ukrainian State Film Agency's decision to reorganise the Centre (to de facto liquidate it) and systemic abuse of the organisational autonomy of the institution faced strong condemnation from the cultural community and civil society. Dozens of activists attended the protests, despite the air raid warnings. As the situation developed, the demands of the NGOs and cultural activists addressed the lack of competence and general inefficiency of the state policy in the field of culture, which had caused this situation. They not only demanded the preservation of the film archive but also the dismissal of the head of the State Film Agency and the Minister of Culture and Information Policy.

Another example is a public campaign to save a 19th century residential building from demolition, after it had been partly destroyed by a Russian drone in October 2022, killing a number of its inhabitants. The survivors banded together with urban activists to persuade the city authorities to preserve and rebuild the destroyed part of the house, as the building has a historical value. Petitioning and public resistance to demolition have reached new heights and foil the discussion about the adequacy of cultural heritage protection policies and their implementation. The ongoing debate

on the urban planning reform recently proposed by the government is no less heated and takes place in a critical atmosphere.

The difficulties with the provision of crisis housing for the people whose homes were damaged by shelling inevitably provokes discussion of Ukraine's current housing policy. Urban activists advocate for the need to create a social housing fund, which did not exist in Ukraine before the war.

All these discussions eventually reach a systemic level: what should be the policies in this or that sphere? Does our society want them to be the same as they were before the war? And what if the challenges we faced during the war force us to rethink something? What if the policies and approaches that were applied before the war did not work? I wonder if there is a space for expressing such constructive criticism. In other words, do civil society actors currently have a real opportunity to question the trajectories of socio-economic development? To demand a fundamentally different housing policy? To advocate for fundamentally different approaches to remuneration for critical infrastructure workers? To propose the development of a complex social policy, which did not exist in the country before the war? I ask myself whether we can demand the impossible when Ukrainians are already doing the impossible: fighting the army of a country ten times larger than ours.

EUROPA BOTTOM-UP

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT / EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

Free download at: www.ebu.maecenata.eu

- 2018 Nr.19 Europe and the Mediterranean 4**
Talking, Learning, Working, and Living Together
P. Adam-Veleni, M. Çizakça, V. Costantini, U. Koldaş, F. Richard, B. Thum
- 2019 Nr. 20 The Changing Space of Civil Society**
A Symposium in Berlin on 17th October, 2017
Siri Hummel, Philipp Kreutzer
- Nr. 21 Europe and the Mediterranean 6**
Talking, Learning, Working, and Living Together
- Nr. 22 Europe and the Mediterranean 7**
Talking, Learning, Working, and Living Together
Udo Steinbach
- Nr. 23 Ein neues Narrativ für Europa**
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 24 Wohin treibt der Nahe Osten?**
Politische Interessen und Ordnungskonzepte im Widerstreit
Armin Triebel
- Nr. 25 Bürgerschaftliches Engagement in Europa**
Christian Moos
- 2020 Nr. 26 Lobbyismus in Brüssel**
Julia Mayer
- 2022 Nr. 27 Wasatia: Opening a graduate school for peace and conflict resolution**
Prof. Dr Udo Steinbach, Dr Zeina Barakat, Prof. Dr Ralf Karolus Wustenberg, Prof. Dr Dr Wolfgang Huber
- Nr. 28 China's Belt and Road Initiative and its Impact on Human Rights Compliance: Report on a workshop held in Berlin on 16 May 2022**
Viktoria Kaffanke, Prof. Dr. Udo Steinbach

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-83491-4

ISSN (EBU) 2197-6821